

Es gilt das gesprochene Wort!

Herbstempfang auf Schloss Tüßling

am 4. September 2018 um 20.00 Uhr

in Tüßling

Rede von Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Thema: *„Zusammenhalt von Entscheidungsträgern in ländlichen Regionen“*

Sehr geehrte Gräfin von Pfuel, [Bürgermeisterin der Marktgemeinde Tüßling und Schlossherrin]

sehr geehrter Herr Frauscher, [stv. Vorstandsvorsitzender der VR meine Raiffeisenbank]

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag, [MdB: Stephan Mayer, MdLs: Ingrid Heckner, Dr. Martin Huber, Günther Knoblauch]

sehr geehrte Vertreter aus der Kommunalpolitik,

sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Gäste,

ich freue mich sehr, heute Abend hier bei Ihnen zu sein und Ihnen zum **Herbstempfang auf Schloss Tüßling** die herzlichsten Grüße des Bayerischen Landtags zu überbringen.

„Der Herbst ist immer unsere beste Zeit.“ – So hat **Goethe** einmal geschrieben. Und hier in Tüßling

empfindet man anscheinend ganz ähnlich. Sie lassen den Herbst recht früh beginnen. Aber nach den heißen Sommerwochen sehnen sich viele nach der kühleren Jahreszeit.

Dieser Empfang auf Schloss Tüßling ist mittlerweile zu einer schönen Tradition geworden. Ich habe gerne zugesagt, in den **Landkreis Altötting** zu kommen, um diesen Abend gemeinsam mit Ihnen zu verbringen. Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte **Gräfin von Pfuel**, danke ich herzlich für die Einladung. Und an dieser Stelle sage ich Ihnen auch ein herzliches Vergelt`s Gott dafür, dass Sie sich seit vielen Jahren unermüdlich für Ihre Heimatgemeinde und das Allgemeinwohl engagieren! Ein **Dankeschön** sage ich auch den **Verantwortlichen von „VR meine Raiffeisenbank“** und allen, die dazu beigetragen haben, dass dieser Empfang heute stattfinden kann.

Anrede

Gefühlt leben wir in unruhigen Zeiten. Viele Menschen bei uns sind verunsichert. Terror, Krieg und Gewalt: Die Reihe der schlechten Nachrichten erscheint schier endlos. Viele fühlen sich verunsichert. Aber mit Fakten belegen lässt sich dieser Eindruck kaum. Schaut man auf einen längeren Zeitraum, entsteht ein ganz anderes

Bild: Die Welt war noch nie so friedlich wie heute – trotz Syrienkrieg und Terror.

Das belegen die Veröffentlichungen des renommierten Wissenschaftlers **Steven Pinker**. Er forscht seit vielen Jahren zu den Themen „soziales Zusammenleben“ und „Gewalt“. In seinen Büchern dokumentiert **Pinker** einen kontinuierlichen Rückgang der Gewalt unter den Menschen in den vergangenen Jahrhunderten sowie eine klare Tendenz zur positiven Entwicklung des Lebens der Menschen auf der ganzen Welt. Und an diesem Trend hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert. Dieser Wissenschaftler sagt: Wer unsere Sicht auf die Welt wirklich verstehen will, muss zuerst die Auswahl von Nachrichten verstehen. In Echtzeit werden wir heute mit Meldungen über Unglücke, Katastrophen und Anschläge versorgt. Diese Bilder und Nachrichten beeinflussen unser Weltbild und auch unser Gefühl von Sicherheit ganz maßgeblich.

Spricht man mit Bürgerinnen und Bürgern darüber, wie sie die Situation in ihrem direkten Umfeld beurteilen, wie zufrieden sie mit ihrer Lebenssituation sind, ergibt sich ganz überwiegend ein anderes, **ein positives Bild**. Im Großen und Ganzen leben wir in enormem Wohlstand. Dieser Wohlstand ist das Ergebnis des unermüdlichen

Engagements und der Arbeit der Menschen hier bei uns. An den unterschiedlichsten Stellen übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung. Sie bringen sich mit ihren Talenten und Stärken ein. Sie investieren Zeit und Kraft, um in der Familie, in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde mitzugestalten. Und dieser Einsatz im überschaubaren Bereich, in der Region ist die Basis dafür, dass Veränderungen auch im Großen gelingen. Heute Abend sind viele engagierte Bürgerinnen und Bürger anwesend und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Darum möchte ich einige Gedanken zum **„Zusammenhalt in ländlichen Regionen und insbesondere zum Zusammenhalt von Entscheidungsträgern in ländlichen Regionen“** mit Ihnen teilen. Denn ein gutes Miteinander all derer, die in der Verantwortung stehen, ist die Grundlage und die Voraussetzung für eine positive Entwicklung in Bayern und darüber hinaus.

Anrede

Trotz des großen Wohlstands ist auch in Deutschland eine **soziale Ungleichheit** spürbar. Es gibt eine Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Chancen in unserem Land, die nicht wenigen Menschen Sorgen

macht. Über ein Fünftel aller Kinder in Deutschland lebt dauerhaft oder wiederkehrend in Armut. Viele Angebote der Gesellschaft, die für Altersgenossen selbstverständlich zum Aufwachsen dazugehören, bleiben ihnen verschlossen. Wenn Arme und Reiche im Alltag immer weniger Erfahrungen teilen, hat das ernste Folgen für den Zusammenhalt. Einfache Lösungen für dieses Problem gibt es angesichts der schwierigen Herausforderungen nicht. In einer **Bertelsmann-Studie** ist im vergangenen Jahr untersucht worden, **was heute das soziale Miteinander schwächt oder stärkt** und **welche Veränderungen den Zusammenhalt in der Gesellschaft beeinflussen**.

Dazu wurden unterschiedliche Gesichtspunkte zum Zusammenhalt näher beleuchtet: **zwischenmenschliches Vertrauen, Umgang mit Vielfalt, Gerechtigkeitsempfinden, Anerkennung von Regeln und gesellschaftliche Teilhabe**.

Ein Ergebnis der Untersuchung lautete in Bezug auf die Bundesländer: Tatsächlich sind die Menschen, die befragt wurden, in ihrer Mehrheit der Ansicht, dass der **gesellschaftliche Zusammenhalt** in Deutschland **zumindest teilweise gefährdet** ist. Nur ein Viertel der Befragten sieht das nicht so. Interessant ist aber – ich habe es bereits erwähnt –, dass sich das Meinungsbild

ändert, wenn man sich erkundigt, wie es um das gesellschaftliche Miteinander im eigenen, im lokalen Umfeld bestellt ist. Hier sind es fast 70 Prozent der Befragten, die den Zusammenhalt als sehr gut oder gut einschätzen. Nur knapp 7 Prozent geben eine schlechte Note. Auch andere Umfragen bestätigen dieses Ergebnis.

Das zeigt, dass die Erfahrungen, die die Menschen in ihrem Alltagsleben machen, besser sind als das, was sie für das ganze Land vermuten. Daraus kann man optimistische, aber auch pessimistische Schlüsse ziehen. In jedem Fall geben diese Ergebnisse einen Hinweis darauf, wo Chancen und Möglichkeiten liegen, die es zu nutzen gilt, wenn wir den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wollen. In der Untersuchung werden mögliche Gefahren für den Zusammenhalt aufgezeigt, um den es insgesamt nicht schlecht bestellt ist. Diese Gefährdungen sind anders gelagert, als es die momentanen Debatten um Einwanderung und Integration nahelegen. So spielt nach diesen Ergebnissen vor allem die wahrgenommene Gerechtigkeitslücke eine große Rolle. Diese „**gefühlte Ungerechtigkeit**“ steht in direktem Zusammenhang mit tatsächlicher Ungleichheit und verbreiteter Armut in der Gesellschaft. Das heißt: Dort, wo mehr arme, von Armut

gefährdete und arbeitslose Menschen leben, ist der Zusammenhalt geringer. Wenn nennenswerte Teile der Bevölkerung arm sind oder von Armut gefährdet, schadet das dem sozialen Miteinander. Sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die dazu beitragen, die gesellschaftliche Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppen zu erhöhen und Ungleichheiten abzubauen, fördern daher auch den Zusammenhalt.

Anrede

Wir sind uns in Bayern dieser Zusammenhänge sehr bewusst. 2013 haben die Bürgerinnen und Bürger per Volksentscheid mit überwältigender Mehrheit in unserer Verfassung verankert, dass der Staat **gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern sichert und fördert**. Der Bayerische Landtag hat dann im Sommer 2014 die **Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“** eingerichtet. Die Kommission hat in der 17. Wahlperiode Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, wie ein Auseinanderdriften Bayerns in wirtschaftlich leistungsfähigere und weniger stärkere Gebiete verhindert und räumliche Gerechtigkeit in allen Bereichen Bayerns sichergestellt werden kann. Das Ergebnis ihrer mehrjährigen Arbeit hat die Enquete-

Kommission Ende Januar dieses Jahres dem Plenum im Schlussbericht präsentiert.

In dem Bericht heißt es unter anderem [ich zitiere]:
*„Gleichwertige Lebensverhältnisse sind für die [...] gesellschaftliche Teilhabe von großer Bedeutung und beeinflussen die Akzeptanz der demokratischen Staatsform insgesamt in erheblicher Art und Weise. Die Erfahrung von Ausgrenzung und des Abgehängtseins führt zu Identifikationsverlusten, Politik- und Staatsverdrossenheit und birgt die Gefahr von Radikalisierung. Eine Politik, die anstrebt, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen herzustellen, ist daher immer auch ein wichtiger raumbezogener **Beitrag zur Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.**“* [Zitat Ende]

Kerninhalte des Berichts sind Handlungsempfehlungen

- zur **Verteilungsgerechtigkeit**, (kommunale Finanzausstattung, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnen, Mobilität, Breitbandversorgung, Freizeit und Kultur)
- zur **Chancengerechtigkeit** (Öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur, organisatorische und finanzielle Unterstützung, Energiewende)

- zur **Generationengerechtigkeit**, (Gesellschaft, Nachhaltigkeit, Energie und Mobilität, Tourismus, Förderpolitik)
- zur **Verfahrensgerechtigkeit** (breite Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog).

Diese Aufzählung zeigt deutlich, dass wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten enorme Aufgaben vor uns haben. **Hier müssen alle Entscheidungsträger, die in einer und für eine Region Verantwortung tragen, an einem Strang ziehen und eingebunden werden.**

Neben der Rolle der Gerechtigkeit für ein gutes Miteinander lässt sich auch ein **Zusammenhang zwischen der Bedeutung von Werten und dem sozialen Zusammenhalt** ausmachen. So ist es nach den Ergebnissen der angesprochenen Bertelsmann-Studie besser um das Miteinander in der Gesellschaft bestellt in Regionen, in denen Werte, wie **Ehrlichkeit oder Verantwortungsbewusstsein**, eine große Rolle spielen. Während die Bevorzugung von Sicherheitswerten, wie Schutz vor Gefahr, Stabilität oder auch Harmonie, mit geringerem Zusammenhalt einhergeht.

Die Förderung von Werteorientierung und Wertebildung bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist daher eine ständige Aufgabe von uns allen. Im Rahmen des „**Wertebündnisses Bayern**“ wird auf diesem Feld seit mehreren Jahren Großartiges geleistet. 100 Partner sind dabei beteiligt: Organisationen und Verbände aus den Bereichen Jugend, Eltern, Lehrer und Erzieher, Bildung, Wirtschaft, Religion, Kultur und Soziales. Auch hier kommt es ganz entscheidend darauf an, dass sich alle, die in der Verantwortung stehen, gemeinsam dieser Aufgabe stellen.

Anrede

Besonders **wichtig** bei der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens ist die **lokale Ebene**. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, hier können sie sich konkret einbringen und erfahren, dass sie mit ihrem Engagement auch wirklich etwas bewirken können. Von herausragender Bedeutung ist hier das Ehrenamt. Hier haben **Entscheidungsträger, die freiwillig Zeit, Kraft und viel Herzblut für das Allgemeinwohl einbringen**, eine ganz große Bedeutung. Ohne sie wäre Bayern unendlich viel ärmer. Die enorme Hilfsbereitschaft bei der Versorgung und Integration der Geflüchteten zeigt

insbesondere seit dem Jahr 2015, wie groß das Potenzial in der Bevölkerung ist.

Ehrenamt ist natürlich bei weitem vielfältiger als das Engagement für Geflüchtete. Da gibt es die Sportvereine und die Freiwillige Feuerwehr, da gibt es Jugendorganisationen, den Natur- und Umweltschutz, den Bereich der Kultur und den gesamten sozialen Sektor... und, und, und! Wenn man sich einmal alles so gesammelt vor Augen führt, dann wird auch schnell deutlich: **Ohne den Einsatz der Ehrenamtlichen würden viele Bereiche des öffentlichen Lebens ganz anders aussehen.**

Manchmal übrigens dauert ehrenamtliches Engagement heutzutage nur wenige Minuten und lässt sich sogar vom Sofa aus erledigen. Etwa, wenn eine Menschenrechtsorganisation eine Briefaktion durchführt oder sich junge Menschen über das Internet organisieren. Das ist für Vertreter meiner Generation vielleicht ein wenig verwunderlich, aber die Fachleute sprechen dann von „Micro-Engagement“. **Und es ist eine der großen Herausforderungen im Ehrenamt, diese neuen und „kleinen“ Formen des Einsatzes gut aufzustellen und zu integrieren.**

Denn gerade junge Leute wollen sich heute nicht immer langfristig an etwas binden und zum Beispiel ein

Vorstandsamt übernehmen. Sie engagieren sich eher spontan und wollen auch wieder „gehen können“, wenn sich etwa die Lebenssituation verändert.

Grundsätzlich aber gilt: **Engagement kennt kein Alter.** Gut 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in unserem Land freiwillig, vier Millionen davon in Bayern.

Da gibt es die Jungen, die sich schon zu Schulzeiten engagieren: Als Klassen- oder Schülersprecher, für die Schulzeitung, in einem Verein oder etwa als Ministrantinnen und Ministranten.

Und da gibt es – sozusagen „am anderen Ende der Skala“ – die Ältesten mit bald 80 Jahren, die immer noch aktiv sind. Die sich sagen: Ich kann zwar körperlich nicht mehr so wie noch mit 30 – aber ich habe erstens eine Menge Lebenserfahrung und zweitens auch die Zeit, um mich noch einzubringen. Und deshalb packe ich auf meine Art und Weise immer noch mit an.

Dabei wissen wir übrigens aus Studien und auch aus den Lebensläufen der Ehrenamtlichen: **Wer sich schon als Jugendlicher engagiert, der bleibt es sehr oft!** Und deshalb kann man nur an die Eltern und die Schulen appellieren: Lasst die Kinder und Jugendlichen die Erfahrung machen, wie gut es tut, etwas für andere zu

tun! Lasst sie möglichst früh Verantwortung übernehmen!

Und jetzt komme ich wieder zurück zum **Zusammenhalt von Entscheidungsträgern**: Den Kommunen kann man nur zurufen: Lasst die Leute mitmachen! Versteht die Bürgerinnen und Bürger nicht als Bittsteller, sondern als Beteiligte! Es gibt mittlerweile sehr viele Kommunen, die das Ehrenamt in dieser Hinsicht wirklich vorbildlich unterstützen.

Denn das „Zusammenbringen“ ist beim Thema Ehrenamt ganz entscheidend: Diejenigen, die Unterstützer suchen auf der einen Seite – und diejenigen, die sich engagieren möchten, aber noch nicht so genau wissen, wo und wie.

Auch das wissen wir nämlich aus Studien: Es gibt bei uns im Land viele Menschen, die sich grundsätzlich für ein Ehrenamt interessieren würden. Die Experten sprechen vom „**Engagement-Potential**“, und das ist in Deutschland noch gewaltig: **24 Millionen Menschen sind laut einer aktuellen Untersuchung dazu bereit, eine Freiwilligen-Tätigkeit zu übernehmen – also nochmal so viele, wie bereits engagiert sind.**

Da müssen wir natürlich ansetzen, dass wir dieses Potential in Zukunft noch stärker nutzen. Oft ist es so, dass erst einmal eine Hemmschwelle existiert: Man kann

sich z.B. nicht vorstellen, jede Woche fest in einem Amt im Einsatz zu sein. Aber einmal im Monat, oder immer einmal wieder im Urlaub – das wäre vielleicht denkbar. Und hier ist es dann wichtig, dass „passgenau“ vermittelt wird zwischen den Anbietern von ehrenamtlichen Aufgaben und denen, die eine solche Aufgabe übernehmen könnten. Ich glaube, dass hier auch wirklich eine wichtige Aufgabe der Politik liegt. **Denn wir dürfen das Ehrenamt nicht überfordern.** Ehrenamt darf kein „billiger Ersatz“ sein für staatliche Aufgaben. **Ehrenamt ist immer eine wunderbare Ergänzung.** Und deshalb ist es Aufgabe von Politik und Verwaltung, hier auch Unterstützung zu leisten.

Da geht es zum einen ganz zentral um das Thema „**Bürokratie**“: Es kann nicht sein, dass wir Menschen, die sich mit ihrer Zeit für andere einbringen wollen, erst einmal einen Stoß Formulare zum Ausfüllen hinlegen.

Und wir haben darauf zu achten, dass wir **unsere Ehrenamtlichen nicht überfordern.** Sonst brechen uns Eckpfeiler weg, die wir nicht ersetzen können. Wir müssen sie unterstützen: Durch Beratung, durch Koordinierung, und wo es nötig ist, auch mit finanziellen Mitteln. Der Staat soll hier nicht „reinregieren“ – aber das, was da ist, stärken.

Grundsätzlich sollten Verwaltung und Politik das bürgerschaftliche Engagement noch ernster nehmen als gestaltende Kraft auf Augenhöhe und nicht als Lückenbüßer für fehlende Mittel der öffentlichen Hand.

Anrede

Mich freut es ganz besonders, wenn ich sehe, dass die Kommunen und Landkreise das Ehrenamt unterstützen, wie zum Beispiel mit der **Einführung der Ehrenamtskarte**. Sie ist ein besonderes Zeichen der Wertschätzung gegenüber denjenigen, die freiwillig in unserem Land unterwegs sind. Und sie alle machen dies aus Überzeugung und Leidenschaft, sie wollen keine Vorteile. Die Karte ist eine Möglichkeit, dass die Gesellschaft für diesen Einsatz etwas zurückgeben kann.

Anrede

Ein demokratisches Gemeinwesen, das immer vielfältiger wird, immer stärker globalisiert ist und sich tiefgreifenden Veränderungen gegenüber sieht, muss das soziale Miteinander aktiv gestalten. Dabei sind alle gefragt: Mandatsträger auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene sowie in der Europapolitik, alle die Verantwortung tragen in unseren

Wirtschaftsunternehmen, in der Finanzbranche, bei den Sparkassen und Raiffeisenbanken – die in der Fläche **noch** vertreten sind –, in Behörden, in den Kirchen, in der Land- und Forstwirtschaft, im Bildungsbereich, im sozialen Bereich und insbesondere im Ehrenamt müssen zusammenhalten und immer das Gemeinwohl in der Region im Blick haben.

Ich habe anfangs davon gesprochen, dass manche Nachrichten derzeit oft alles andere als ermutigend sind. Aber lassen wir uns nicht beirren: **Wir leben in einem starken Land.** Wir haben eine starke Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr, insbesondere in Bayern dürfen wir uns über eine sehr niedrige Quote freuen.

Wenn wir heute das große Glück haben, in einem Land zu leben, in dem Frieden herrscht, in dem wir frei sind, in dem es uns gut geht: Dann dürfen wir auf all das **stolz sein.** Und wir dürfen auf all das vertrauen.

Unsere Gesellschaft steht auf einem festen und sicheren Fundament.

Von **Hermann Gmeiner**, dem Gründer der SOS-Kinderdörfer, stammt der schöne Satz: *„Alles Gute auf dieser Welt geschieht nur, wenn einer mehr tut, als er tun muss“.*

In unserem Land gibt es glücklicherweise sehr viele Menschen, die sich – haupt- und ehrenamtlich – an diesem Satz orientieren und ihn auch leben. **Und deshalb sehe ich keinen Grund, warum wir die Herausforderungen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind, nicht mit Optimismus und Zuversicht gemeinsam angehen sollten.**

Ich danke Ihnen!